

Paddy Kelly singt für Pilger

Umfangreiche Begleitprogramme

Erfurt/Etzelsbach. (dapd) Mit einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm soll den Besuchern der Papstgottesdienste in Erfurt und Etzelsbach die Wartezeit erleichtert werden. In Etzelsbach beginnt das Vorprogramm am 25. September um 13 Uhr. Neben dem Auftritt mehrerer Chöre aus verschiedenen Regionen Thüringens werde es die Gelegenheit zu gemeinsamen Gebeten und Meditationen geben. Nach der Vesper ist ein Abendprogramm geplant.

auf dem Eichsfeld haben sich zu einem gemeinsamen Eichsfelder Jugendchor mit etwa 160 Mitwirkenden zusammengeschlossen, sind aber zum Teil auch einzeln zu erleben.

Nach der Vesper können die Pilger den Tag noch gemeinsam auf dem Pilgerfeld nachklingen lassen. Bis 22 Uhr treten Paddy Kelly, Mitglied der Kelly Family (als Gast des Bonifatiuswerks), The Living Gospel Choir aus Göttingen und The Phantones aus dem Eichsfeld auf.

In Erfurt beginnt am 24. September das Vorprogramm bereits um sechs Uhr morgens. „Wir wollen im Vorprogramm das Bistum Erfurt vorstellen. In einem eigens produzierten Film werden wir zeigen, wie sich das Bistum auf den Papstbesuch vorbereitet hat. Wir lenken den Blick auf die großen pastoralen Themen der vergangenen Jahre und wir werden die Besucher auf die Messe mit dem Heiligen Vater einstimmen“, erklärt Anne Rademacher, Verantwortliche für das Vorprogramm, das Konzept.

Im Vorprogramm ab 6 Uhr treten unter anderem auf: Chor und Combo der Katholisch-Theologischen Fakultät Erfurt zu hören sein. Zudem seien mehrere Redebeiträge und Interviews geplant, hieß es. Im Anschluss könnten die Pilger die Abreise des Papstes auf Videoleinwänden verfolgen.

Das Pilgerfeld in Etzelsbach ist am Tag des Papstbesuches bereits ab 8 Uhr geöffnet. Die Pilger können auf den über das Feld verteilten Video-Leinwänden die Ereignisse des Tages in Erfurt verfolgen. Unter anderem wirken im Vorprogramm ab 13 Uhr drei Dekanatschöre mit, die aus Chören in den Dekanaten Leinefelde-Worbis, Heiligenstadt und Dingelstädt gebildet wurden. Sie umfassen jeweils zwischen 150 und 200 Sängerinnen und Sänger. Insgesamt sechs Jugendchöre



In Erfurt soll am 24. September ab 6 Uhr unter anderem der Chor der Katholisch-Theologischen Fakultät Erfurt zu hören sein. Zudem seien mehrere Redebeiträge und Interviews geplant, hieß es. Im Anschluss könnten die Pilger die Abreise des Papstes auf Videoleinwänden verfolgen.

Mehr Rechte für Petenten

Eingaben auch in den Städten gefordert

Erfurt. (dapd) Der Verein mehr Demokratie fordert einen Ausbau des Petitionsrechts in Thüringen. „Petitionen, die öffentlich diskutiert und unterzeichnet werden können, bringen Diskussionen über strittige Themen in Gang“, sagte der Sprecher von mehr Demokratie, Ralf-Uwe Beck. Zudem könnten die Eingaben den Politikern dabei helfen, aktuelle Probleme besser zu erkennen.

stützt eine entsprechende Gesetzesinitiative der Linkspartei, die am heutigen Mittwoch vor dem Petitionsausschuss diskutiert werden soll.

Sinnvoll sei auch die Möglichkeit, die Vertrauensperson einer so genannten Mehrfachpetition im Petitionsausschuss anhören zu können. Dies könne den Dialog zwischen den Bürgern und dem Parlament befördern und so helfen, verloren gegangenes Vertrauen in die parlamentarische Demokratie zurückzugewinnen.

Die Entwicklung des Petitionsrechts wäre eine gute Gelegenheit, die Bürger direkt an der Gesetzgebung zu beteiligen.

Weimarer Dreieck soll in den Regionen verankert werden

Nach Polen will auch Frankreich in der Klassikerstadt ein Honorarkonsulat eröffnen

Weimar. (dapd) Thüringens Europaministerin Marion Walsmann ist sichtlich zufrieden. Sie will das Weimarer Dreieck stärker in den Regionen verankert wissen. Die Zusammenarbeit auf nationaler Ebene soll durch wachsende zivilgesellschaftliche Aktivitäten in den Regionen von Deutschland, Frankreich und Polen miteinander verknüpft werden. Dabei soll das Weimarer Dreieck Ausgangspunkt für eine rege Kooperation sein, so Walsmann.

schen Senatorin Catherine Troendlé war der bisherige Hauptverdienst des Forums, Polen in die EU und die Nato begleitet zu haben. Zugleich kündigte sie an, dass ihr Land künftig in Weimar ein Honorarkonsulat einrichten wolle. Am Montag war bereits ein polnisches Honorarkonsulat in der Stadt eröffnet worden. Honorarkonsul Polens ist TLZ-Chef-Redakteur Hans Hoffmeister.

„Die Zusammenarbeit geht in den politischen Ebenen immer mehr nach unten bis in einzelne Städte“, sagte der polnische Senator Edmund Wittbrodt. Dies zeige sich beispielsweise bei Städtepartnerschaften und Kooperationen von Hoch-

„Löhne und Gehälter müssen steigen“

Agentur schlägt Alarm: Gewinnung von Fachkräften bei niedrigem Verdienst-Niveau schwer

Erfurt/Suhl. (dapd) Der Gewinnung von Fachkräften steht in Thüringen nach Experteneinschätzung das vergleichsweise niedrige Lohnniveau im Wege. „Löhne und Gehälter müssen weiter steigen, wenn wir Fachkräfte halten oder gewinnen wollen“, sagte der Leiter der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung, Patrick List. Die Bezahlung stehe allerdings nicht für alle rückkehrwilligen Pendler an erster Stelle. Es gehe auch um ideale Werte und Lebensqualität, sagte List. Dennoch bleibe die Vergütung ein zentraler Punkt in den Überlegungen der Pendler, wieder in Thüringen zu arbeiten.

List zufolge wird zwar unter anderem in den Technologiebranchen bereits oftmals marktgerecht bezahlt. Doch in vielen Unternehmen sei das Lohnniveau noch immer zu niedrig, um qualifizierten Thüringern einen Anreiz zu bieten, hier zu arbeiten.

Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) erklärte, das Fachkräfteproblem sei kritisch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats. Die Agentur löste im April

den Unternehmer- und Fachkräfteservice ab, der es in den vergangenen Jahren trotz Millionenbudgets nicht geschafft hatte, eine große Zahl Pendler zur Rückkehr in den Freistaat zu bewegen. Ob die Agentur die Erwartungen erfüllen kann, will derzeit noch niemand sagen.

Eine völlige Überarbeitung des Konzepts der Agentur verlangte FDP-Wirtschaftsexperte Thomas L. Kemmerich. Ein höheres Lohnniveau sei zwar wichtig, könne politisch aber nicht verordnet werden. Noch immer versuche man mit Werbegeschenken, wie zum Beispiel Strandbällen und Frisbeescheiben an der Ostsee, Fachkräfte für Thüringen zu gewinnen. Die Vorgängeragentur Unternehmer- und Fachkräfteservice, UfAS, hatte noch mit warmen Brötchen an Bahnhöfen Pendler nach Thüringen locken wollen. „Es verwundert schon ein wenig, wenn dem Wirtschaftsministerium nichts anderes eingefallen ist, als ein neues Logo zu entwerfen“, so der liberale Wirtschaftsexperte weiter. Er bemängelte, dass die neue Standortwerbung nicht einmal mit der ThAff verknüpft sei.



Auf dem Weg zur Arbeit in anderen Bundesländern: Große Pendlerströme sind vor allem freitags und montags auf den Thüringer Autobahnen zu verzeichnen. Foto: dapd

Gespart wird auch bei Gutachtern

Voß erwartet von Gebietsreform-Experten ehrenamtliche Haltung

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Eigentlich wollte Wolfgang Voß (CDU) gestern in erster Linie über das vom Kabinett endgültig durchgewundene Haushaltsbegleitgesetz 2012 referieren. Hinter dem sperrigen Titel verbergen sich diverse Grausamkeiten, also konkrete Maßnahmen zur Konsolidierung, mit denen der Finanzminister insgesamt einen zweistelligen Millionenbetrag einsparen will.

Doch weil sich weder Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU) noch Stellvertreter Christoph Matschie (SPD) offenbar den Fragen stellen wollten, durfte der Finanzminister gleich auch noch das weitere Vorgehen bei der Verwaltungs- und Gebietsreform kommentieren.

In der Staatskanzlei, so hat es die Ministerie nun beschlossen, wird unter Lieberknechts Leitung eine entsprechende Stabsstelle eingerichtet. In den kommenden Tagen wollen die Ministerpräsidentin und ihr Vize Experten für eine Kommission benennen, die ein Gutachten für eine Reform erarbeiten soll. Wie viele Mitglieder, die Kommission haben wird, konnte Voß gestern nicht sagen. Nachdem, was zurzeit zu hören ist, sollen es vier werden. Auch wann das Gremium, dem noch ein Beirat zur Seite gestellt wird, seine Arbeit aufnimmt, ist noch

unklar. Im Beirat sollen unter anderem Vertreter der Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Landtagsfraktionen sitzen.

Fest steht indes, dass die Wissenschaftler, die die Behörden- und Kreisstrukturen unter die Lupe nehmen, davon nicht reich werden. Anders als vor wenigen Monaten, als das Einsetzen einer Expertenkommission unter anderem an den hohen finanziellen Forderungen der potenziellen Mitglieder scheiterte, wird man nun auf den Euro schauen.

■ Abrechnen können Wissenschaftler ihre Reisekosten

„Wir erwarten eine geradezu ehrenamtliche Haltung“, machte Voß unmissverständlich klar. Natürlich gebe es Auswandsentschädigungen und Abrechnungen im Rahmen des Reisekostengesetzes. Aber das dürfe es dann auch gewesen sein. Damit machte Voß auch diesbezüglich seinem Ruf als Sparkommissar alle Ehre.

Die im Haushaltsbegleitgesetz versteckte Giftliste hatte Voß zuvor aber auch noch präsentiert. Dazu gehört allerlei, das der Ressortchef bereits vor einigen Wochen angekündigt hatte: Der Stiftung Familiensinn wird ihr Kapital von 34 Millionen Euro entzogen. Sie soll

künftig mit jährlichen Zuweisungen von 1,8 Millionen Euro arbeiten.

Die beiden Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen in Gera werden aufgelöst. Damit lassen sich Voß zufolge 5,2 Millionen Euro sparen. Die Zahl der Arbeitsgerichte soll von sechs auf vier verringert werden, was dem Land mittelfristig 720 000 Euro bringen soll. Es verbleiben die Standorte Erfurt, Gera, Nordhausen und Suhl. Jena und Eisenach fallen weg.

Die ursprünglich mal geplante Rückabwicklung des Sonderfonds Wasser/Abwasser hatte Voß bereits im Juni wieder aufgeben müssen. Die CDU-Landtagsfraktion hatte unmissverständlich klar gemacht, sie erwarte, dass im Haushaltsbegleitgesetz keine Novelle des Kommunalabgabenrechts enthalten sein werde.

Die Überweisungen an Städte, Gemeinden und Kreise sollen unterdessen um knapp 200 Millionen Euro sinken.

Gestern nun erklärte Voß, mit dem Begleitgesetz sei der für 2012 geplante Sparetat komplett. Das Zahlenwerk soll am kommenden Dienstag an den Landtag weitergeleitet werden. Damit will die CDU-SPD-Koalition die Ausgaben um knapp 500 Millionen Euro auf an die neun Milliarden Euro senken und erstmals seit Amtsantritt einen ausgeglichene Etat ohne Neuverschuldung vorlegen.

■ NACHRICHTEN

Viele Fragen zur Fußfessel

Erfurt. Eine Reihe offener Fragen müssen nach Ansicht der Linkspartei noch geklärt werden, bevor Thüringen die elektronische Fußfessel für entlassene Straftäter einführen kann. Justizpolitiker Ralf Hauboldt fordert vor allem

eine umfassende Beteiligung des Landtags am Ausbau der Zusammenarbeit der mittel-deutschen Länder. Es geht um die Beteiligung Thüringens an einem länderübergreifenden Kontrollzentrum zur Fußfesselüberwachung.

SPD verteidigt Vergabegesetz

Erfurt. Die SPD verteidigt das Thüringer Vergabegesetz als „modern und zukunftsorientiert“. Wirtschaftspolitiker Wolfgang Lemb wies Kritik aus der Ingenieurkammer am dem Gesetz zurück. Seit dem 1. April 2011 gelten die neuen Bestimmungen. Für Lemb ist

das Gesetz „eines der modernsten in der Bundesrepublik“. Gerade die Strukturen der Unternehmen seien im Gesetz berücksichtigt worden, um den Konkurrenzbedingungen der Unternehmen im Wettbewerb Rechnung zu tragen.

Mehr Selbstbestimmung

Erfurt. Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen: Mit einer gemeinsamen Offensive versuchen das Kompetenzzentrum „Persönliches Budget“ des Paritätischen Gesamtverbandes, das Amt für Soziales in Erfurt und der Paritätische in

Thüringen das Thema persönliches Budget in die öffentliche Diskussion zu bringen. Am 1. September treffen sich die Akteure zu einer gemeinsamen Konferenz in Erfurt. Die positiven Erfahrungen in Erfurt mit dem Projekt sollen genutzt werden.

„Bürgernah und offen“

Erfurt. Eine positive Zwischenbilanz ihrer parlamentarischen Tätigkeit hat die FDP-Fraktion gezogen. Vor zwei Jahren war sie nach 15 Jahren außerparlamentarischer Opposition wieder in den Thüringer Landtag eingezogen. „Bürgernah, transparent und offen“ – so cha-

rakterisierte Fraktionschef Uwe Barth die Arbeit der Fraktion. Am heutigen Mittwoch sind die Liberalen wieder im Land unterwegs – diesmal im Kyffhäuserkreis. Diese Vor-Ort-Besuche außerhalb des Wahlkampfes kämen bei den Bürgern gut an, unterstrich Uwe Barth.

Milliarden vom Bund für Bildung und Forschung

Solidarpaktmittel: 632 Euro pro Kopf in Zukunft investiert

Erfurt. (elo) Pro Kopf hat Thüringen im vergangenen Jahr 632 Euro in Bildung, Energie sowie Forschung und Entwicklung gesteckt. Das sei nicht nur mehr als noch 2009, als 606 Euro pro Einwohner investiert habe, so Finanzminister Wolfgang Voß (CDU), sondern mehr als jedes andere neue Bundesland.

Voß stellte gestern dem Kabinett den Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2010 vor. Die Landesregierung legt damit gegenüber dem Bund Rechenschaft über die Verwendung der Solidarpaktmittel in Höhe von 1,25 Milliarden Euro ab. „Wir haben den Großteil des Geldes in wachstumsorientierte Bereiche gesteckt, denn wir wollen

mit diesen zusätzlichen Mitteln zielgenau in die Zukunft unseres Landes investieren“, sagte Voß.

Allerdings habe man für das Jahr 2010 nur eine Verwendungsquote in Höhe von 86,5 Prozent erreicht und damit nicht den vollständigen Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der so genannten teilungsbedingten Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen erbringen können.

Unter anderem wurden durch die Solidarpaktmittel nach Ministeriumsangaben verbesserte Voraussetzungen für die Thüringer Hochschulen geschaffen. Auch ins Radwegenetz und in Gewerbegebiete sei Geld geflossen.

Ein Teil sei zudem in die Sanierung und Restaurierung von Denkmälern und Weltkulturerbestätten – zum Beispiel in das Goethe-Schiller-Archiv Weimar – investiert worden. Desweiteren wurden laut Ministerium zehn wichtige Ortsumgehungen beziehungsweise Autobahnzubringer realisiert. Mehr als 100 Millionen Euro seien in den Städtebau, vor allem in die Weiterentwicklung und Erhaltung des baukulturellen Erbes sowie auch in den Rückbau leerstehender Wohnungen geflossen. 2011 stehen Zuweisungen in Höhe von 1,148 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Haushalt 2012 werden 1,033 Milliarden Euro veranschlagt.



Regionen stärker beteiligen: Europaministerin Marion Walsmann. Foto: Peter Michaelis